

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 38. 29. Jahrg.

15. Septbr. 1916.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitage. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3873.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 111
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition: Conrad Müller-Schwendt, Auguststraße 8-9 — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Hohe Löhne — technische Fortschritte. Rundschau. Die Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge. — **Allgemeines:** Kunstgewerbeschule zu Barmen. — **Feuilleton:** Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland. Vom Büchertisch. Anzeigen. Adressenverzeichnis.

Bekanntmachungen.

Die Redaktion der »Graphischen Presse« und der »Graphischen Jugend« hat nunmehr Kollege Domnick wieder übernommen. Alle Zuschriften sind daher an folgende Adresse zu richten:

Adolf Domnick, Berlin N 24,
Elsaßstraße 86-88, III.

Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Hohe Löhne — technische Fortschritte.

Die Forderungen der Arbeiterschaft nach Gewährung höherer Löhne stoßen gewöhnlich nicht nur bei den jeweils in Frage kommenden Unternehmern auf Widerstand, sondern werden, allgemein betrachtet, auch von Personen bekämpft, die direkt wenig oder gar nicht daran interessiert sind. Sie betrachten die Löhne unter dem Gesichtswinkel des Einflusses auf die Produktionskosten und auf die Konkurrenzfähigkeit mit den gleichartigen Industrien im Auslande. Sie sagen nicht mit Unrecht: je billiger produziert wird, desto größer ist der Absatz, desto eher ist man in der Lage, sich mit der ausländischen Konkurrenz messen zu können. Nur übersehen die meisten Befürworter dieses an sich richtigen Standpunktes, daß hohe Löhne und teure Produktion ebenso wenig wie niedrige Löhne und billige Produktion immer einander bedingen. Die Erfahrung hat im Gegenteil gelehrt, daß in den Ländern, wo die Arbeiterschaft erstarkt ist und sich höhere Löhne erkämpfen konnte, auch die Industrie einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Amerika, Großbritannien und Deutschland sind Staaten, in denen sich die Arbeiter durch ihre Organisationen einen verhältnismäßig großen Einfluß auf die Gestaltung der Löhne und Arbeitsbedingungen verschafft haben. Dort sind die Löhne höher als z. B. in Frankreich, Italien, Belgien und Japan. Auch die Arbeitszeit ist in jenen Ländern eine kürzere als in den letzteren. Und trotzdem sehen wir, daß gerade dort die Industrie in bester Blüte steht.

Fragt man sich nun, wie das scheinbar Unmögliche möglich geworden ist, wird man das folgendermaßen beantwortet finden. In den Ländern, wo die höchsten Löhne bezahlt werden, sind die Fabrikanten gezwungen, die billigste Herstellungsweise anzuwenden. Sie müssen sich umsehen, für den augenblicklichen Nachteil, der ihnen durch die Zahlung höherer Löhne erwächst, einen Ausgleich zu suchen. In erster Linie werden sie danach trachten, durch Einführung arbeitssparender Maschinen einen Teil der menschlichen Arbeitskraft überflüssig zu machen. Dann werden vereinfachte Arbeitsmethoden erdacht, um die Arbeit schneller vorstatten gehen zu lassen (Arbeitsteilung, technische Hilfsmittel). Aber auch der Arbeiter selbst, der infolge höherer Löhne, kürzerer Arbeits-

zeit und besserer Lebensweise eine höhere technische Bildung sich anzueignen vermag und lebensfreudiger ist, kann mehr aus sich herausholen als sein schlecht entlohnter, immer müder und stumpfsinniger Klassengenosse.

Nun kann zwar eingewendet werden: was nützen dem Arbeiter die hohen Löhne und die kürzere Arbeitszeit, wenn er andererseits dann durch die Maschinen verdrängt und intensiver arbeiten muß. Dieser Einwand ist jedoch nicht mehr zeitgemäß. Die Einführung von Maschinen bedeutet noch nicht die Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß, sondern läßt nur eine Verschiebung eintreten. Die Hände, die an der einen Stelle durch Einführung von Maschinen frei werden, können an anderer Stelle sich nützlich machen. Für den einzelnen Arbeiter kann diese Umformung unter Umständen schmerzvoll sein, sei es, daß er sich einer neuen Tätigkeit nicht leicht anzupassen vermag, oder sei es, daß er infolge unserer unvollkommenen Wirtschaftsweise eine Zeitlang ohne Arbeit bleibt. Jedoch veranlassen auch diese unangenehmen Nebenwirkungen heute keinen aufgeklärten Arbeiter mehr, in der Maschine einen Feind zu erblicken, dessen Eindringen mit allen Mitteln abgewehrt werden muß.

Ebenso verhält es sich mit der Intensivität der Arbeit. Der Arbeiter, der unter günstigen Bedingungen schafft, bringt naturgemäß eine größere Arbeitsfreudigkeit auf als derjenige, der mit seinem Los unzufrieden ist, sein Elend vielleicht gar im Alkohol zu ersäufen sucht. Wer die heutigen Verhältnisse mit den früheren vergleicht, wird finden, daß an den Arbeitsstellen, wo einigermaßen günstige Verhältnisse herrschen, der Schnapsgeuß ganz oder wenigstens fast gänzlich vermieden wird. Gute Ernährung und Aussicht auf frühen Arbeitschluß mit nachfolgendem Genuß einiger freier, der eigenen Person oder der Familie zur Verfügung stehender Stunden steigern die Arbeitskraft, und wir sehen, daß heute von manchem Arbeiter in 9 Stunden mehr geschafft wird als früher in 12 bis 14 Stunden.

Höhere Löhne steigern auch die Kaufkraft des Arbeiters. Mit dem steigenden Lohn und der vermehrten freien Zeit steigen seine Bedürfnisse. Er gibt Geld aus und beschäftigt dadurch wieder andere Arbeiter. Er sucht zwar auch billig zu kaufen, aber er will dies nicht auf Kosten schlechtentlohnter Klassengenossen, die noch an zurückgebliebenen Produktionsmethoden haften. So werden die Erzeugnisse jener Länder bevorzugt, die mit Hilfe der besten technischen Einrichtungen, trotz guter Entlohnung ihrer Arbeiter, am besten und billigsten zu produzieren verstehen. Ebenso finden auch die Erzeugnisse des eigenen Landes, weil technisch auf der Höhe stehend, in den andern Ländern erhöhte Wertschätzung.

Der beste Beweis für diese Wechselwirkung ist der Handelsverkehr, der zwischen den drei erstgenannten Ländern Amerika, Großbritannien und Deutschland vor dem Kriege am stärksten war, sowohl in der Einfuhr, wie

in der Ausfuhr. Das Land, in dem die Lage der Arbeiter sich verschlechtern würde, könnte damit rechnen, von anderen Ländern auf dem Weltmarkt in den Hintergrund verdrängt zu werden. An der Spitze marschieren werden immer nur die Länder mit den vollendetsten technischen Produktionsmethoden. Nach dem Vorhergesagten werden diese gefördert durch steigende Arbeitslöhne. Höhere Löhne bedingen also einen schnelleren technischen Fortschritt.

Zu dieser Erkenntnis kommen nun auch schon der Arbeiterklasse fernstehende Personen. Im Vorwärts (Nr. 211 vom 3. August 1916) wird aus einem Artikel der englischen Zeitung »Daily Express« eine bürgerliche Stimme wiedergegeben, die es begrüßt, daß die Löhne durch den Krieg gestiegen sind und daß keine Aussicht vorhanden ist, daß sie nach dem Kriege zu der früheren niedrigen Basis zurückkehren. Als Beispiele für die Auffassung, daß bei besseren Löhnen doch billiger produziert werden kann, führt der Verfasser, Sir Leo Chiozza Money, folgende an. Er schreibt:

»Vor dem Kriege war das englische Auto ein teurer Artikel, das amerikanische dagegen billig, und doch wurde ersteres von einem schlecht, letzteres von einem gut bezahlten Arbeiter hergestellt, der doppelt so viel verdiente als der englische. Dasselbe ist der Fall bei Wasserröhren; Amerika produziert besser und billiger als England. Wenn der Krieg zu Ende ist, müssen die Arbeiter Löhne erhalten, die sie überzeugen, daß eine möglichst große Produktion in ihrem eigenen sowohl wie im Interesse der Nation liegt.«

»Aber nicht nur in der Industrie«, so fährt der Verfasser fort, »sondern auch in der Landwirtschaft sind hohe Löhne nur von Vorteil. In den Teilen Englands, wo die niedrigsten Löhne bezahlt werden, ist die Produktion am geringsten. Die Einführung von Mindestlöhnen wird für die Landwirtschaft nur von Nutzen sein.«

Diese Lehre, die der Freund der englischen Industrie und Landwirtschaft aus dem Krieg gezogen hat, dürfte auch für unsere deutschen Unternehmer von Nutzen sein. Bei einiger Überlegung und Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Ländern, die zu Vergleichen herausfordern, werden sie finden, daß ihre Abneigung gegen hohe Arbeitslöhne ihrem eigenen Interesse widerspricht.

Rundschau.

Sein 25-jähriges Arbeitsjubiläum beging vor kurzem unser Kollege Heinrich Lüthe. Er ist in dieser langen Zeit als Steindrucker in der Firma Koppe in Lichtenberg bei Berlin beschäftigt. Kollege Lüthe wurde am 22. November 1860 in Berlin geboren, steht heute also im 56. Lebensjahre. Dem Verband gehört er seit dem 30. Juni 1900 an. Möge er noch recht lange in guter Gesundheit unserem Berufe und in gleicher Treue unserer gemeinsamen Sache dienen.

Gemüsebau in Kleingärten. Die »Zentralstelle für den Gemüsebau in Kleingärten« hat für die Inhaber und Pächter der Familien- und Arbeitergärten, sowie für alle Kreise der Kleingartenbesitzer Merkblätter herausgegeben, die kostenlos an Kleingärtner und Laubenbesitzer verteilt werden. Sie enthalten in knapper Flugblattform von Sachverständigen verfaßte Winke für die gute Ausnutzung

des Gemüselandes, für die Behandlung der Ernte und d. gl. m. Wer diese Merkblätter haben will, wende sich an seinen Ortsvorstand, der diese dann von der Zentralstelle für den Gemüsebau in Kleingärten, Berlin W 8, Behrenstr. 50-52 beziehen kann.

Geschäftsergebnisse. *Rotaphot Akt.-Ges. für graphische Industrie* in Berlin. Die Generalversammlung, in der ein Aktienkapital von 1133000 Mk. vertreten war, genehmigte den Abschluß. Eine Dividende gelangt nicht zur Auszahlung. Von dem 104366 Mk. betragenden Reingewinn werden 4366 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen und der Rest zu Abschreibungen verwendet. Über die Aussichten wurden Mitteilungen nicht gemacht, sondern auf den Geschäftsbericht verwiesen, wonach in der ersten Hälfte 1916 die Gesamtproduktion trotz der fortdauernden Absperrung der Filialen und Großabnehmer im Auslande nur noch um wenige Proz. hinter den Produktionsziffern normaler Friedensjahre zurückbleibt.

Überzeugungstreue. Geben uns hin und wieder viele Ereignisse der Kriegszeit den Eindruck, als verliere die Menschheit durch den Krieg ungemein viel an moralischen Werten, so häufigen sich glücklicherweise andererseits die Fälle, in denen Menschen für ihre Überzeugung die größten Opfer bringen. Ein leuchtendes Beispiel dieser Art konnte der Verband der Maler und Lackierer in seiner Zeitung veröffentlichen. Wir lesen dort: »Vor einigen Tagen ereilte uns die schmerzliche Kunde, daß unser Kollege Otto Hochstein, der Gründer und langjährige Leiter unserer Zählstelle Apolda, dem furchtbaren Völkerringen zum Opfer gefallen ist. Die Nachricht wurde von seiner Frau unserem Verbandsvorstande mit folgenden Schildern, aber zu Herzen gehenden Worten übermittelt: Teile Ihnen mit, daß am 20. August mein lieber Mann im Reservelazarett zu Jena nach längerem Leiden, das er sich im Feindeslande zugezogen hat, verstorben ist. Der Verlust meines Mannes ist schwer für mich, indem er ein liebevoller Gatte und Vater war. Die Verbandsgeschäfte werde ich weiterbesorgen, bis der schreckliche Krieg ein Ende hat: denn mein Mann hing doch so sehr am Verbands. Weiß ich auch, unter welchen Schwierigkeiten er ihn mit aufgebaut hat, und habe deshalb manche bittere Stunde mit ihm geteilt, als die Arbeitgeber ihn maßregeln. Deshalb werde ich die Arbeit für den Verband besorgen, bis die Kollegen wieder zurückkehren; denn es sind jetzt nur noch zwei Kollegen da, alle sind eingezogen.«

Der Einigungsgedanke unter den deutschen Gewerkschaften. Die Unterhaltung des Genossen Legien mit dem Reichskanzler über die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung hat schon zu einer lebhaften Aussprache, zunächst in der Presse, geführt. Wenngleich die Schwierigkeiten der allseitig als notwendig betonten Einigung der verschiedenen Richtungen auch entschieden hervorgehoben werden, so ergibt sich doch aus den bisherigen Äußerungen, daß der Boden für eine sonstige Erörterung der Frage reif ist. Schon in Friedenszeiten haben die verschiedenen Richtungen in einzelnen Fällen gemeinsame Aktionen durchgeführt. Noch öfter ist das während des Krieges geschehen und in zahlreichen Ausschüssen aller Art sitzen heute die Vertreter der freien, der christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften zu gemeinsamer praktischer Arbeit. Jedesmal zwangen äußere Notwendigkeiten dazu, die alten Fehden zu vergessen, wenigstens für den Augenblick. Angesichts des einheitlich und machtvoll organisierten Unternehmertums und anderer nach dem Kriege zu erwartender Umstände fragen sich diese besonnenen Gewerkschaften mit Recht, ob es nicht nützlicher ist, neuen äußeren Zwang nicht wieder abzuwarten, sondern schon bald und freiwillig auch für später ein Zusammenarbeiten der einzelnen Gewerkschaftsrüstungen anzubahnen. Und zwar auf den Gebieten, auf denen die Interessen völlig oder fast völlig identisch sind. In diesem Sinne spricht sich auch ein längerer Artikel »Arbeiter aller Richtungen, vereint Euch!« aus, der gegenwärtig die Runde durch einige den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften nahestehende Blätter macht. Die Schwierigkeiten und Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens werden darin sorgfältig geprüft. Der Verfasser, der zunächst ein Kartell der Gewerkschaftsrichtungen befürwortet, kommt zu folgender Schlußfolgerung, der man sich im Allgemeinen nur anschließen kann mit dem Wunsche, daß die Diskussion in sachlicher Weise zu einem praktischen Ergebnis weitergeführt werde: »Der Inhalt des Kartellvertrages müßte die gegenseitige Anerkennung der Daseinsberechtigung sein. Zu erwägen wäre, ob das eine oder andere örtliche Gebiet künftig der ausschließlichen Werbetätigkeit einer Gruppe zugeteilt werden könnte; vielleicht geht das schon zu weit. Hingegen könnte nach den Kriegserfahrungen die Zusicherung gegeben werden, daß die Zentralen auf möglichste Ausschaltung gegenseitiger Bekämpfung und Ausfechtung der Gegensätze in anständiger Form hinwirken wollen. Wichtiger wäre die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Beratungskörperschaft für große, gemeinsame Interessen berührende Fragen, die auf möglichst einheitliches taktisches Vorgehen in der gesamten Sozialpolitik der Berufsvereine hinarbeiten müßte und im Laufe der Zeit die Autorität einer höchsten beratenden Körperschaft der Gesamtarbeiterschaft gewinnen könnte. Auch an

die periodisch erfolgende Einberufung von Gesamtkongressen der deutschen Gewerkschaften wäre zu denken.

Von gewinnbringenden Nahrungsmittelfälschungen. Gegen die immer dreister hervortretenden Nahrungsmittelfälschungen wendet sich eine Warnung des Polizeipräsidenten in Frankfurt (Main) Es heißt in der Veröffentlichung: »1. Neuerdings sind in billigen Würsten, besonders Leberwurst, große Mengen unverdaulicher Stoffe festgestellt worden, Adern, Fleischn, Nackenband und ähnliche sehnige, unverdauliche Abfallstoffe des Großviehs. Solche Zusätze sind Verfälschungen im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes und also strafbar. 2. Ferner sind Salaförsatzmittel in den Verkehr gebracht worden unter den verschiedensten Phantasienamen; sie bestanden in allen zur Untersuchung gelangenden Fällen nur aus einem 98-99 prozentigen wasserhaltigen, dünnen Pflanzenschleim, der mehr oder weniger gelb gefärbt und teilweise auch mit dem Konservierungsmittel Benzoesäure versetzt war. Der Kleinhandelspreis von 1,20 Mk. bis 1,60 Mk., sogar 2,60 Mk. steht in keinem Verhältnis zum Werte. Herstellern und Verkäufern droht Strafe nach § 5 der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915. 3. Ein Butterersatzmittel, bezeichnet als »Vollmilchprodukt«, »Brotaufstrich« usw. enthält sich als Mischung von saurem Milchquark mit Zucker und gelber Farbe. Der geforderte Preis, z. B. 2,20 Mk., ist übermäßig hoch, wollte man dieses Produkt als Halbfettkäse gelten lassen, so beträgt sein Höchstpreis 80 Pf. Je mehr der Mangel an Fetten sich fühlbar macht, um so frecher treten diese »Hyänen des Lebensmittelhandels« auf und nutzen die ihnen günstig erscheinende »Konjunktur« aus. Hiergegen kann nur die Selbsthilfe der Verbraucher, d. h. der Zusammenschluß in den Konsumvereinen, wirkungsvoll helfen; außerdem sollten aber auch die Verwaltungsorgane von den erlassenen Bundesratsverordnungen im Interesse der Volksgesundheit scharfen Gebrauch machen.«

Die Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

In Köln a. Rh. begann am 22. August eine imponierende Kundgebung für die Kriegsbeschädigten. Das Gewissen aller Volksgenossen sollte aufgerüttelt werden, an alle sollte der Ruf ergehen, die verwundeten Opfer dieses Krieges nach Möglichkeit für das gewerbliche Leben wieder zu gewinnen, ihren körperlichen oder geistigen Verfall mit allen Kräften zu verhindern. Die Haupttagung währte 3 Tage und brachte 16 Referate nebst Diskussionen. Daneben fanden viele wichtige Sondertagungen statt, wir erwähnen die der Vereinigung für Krüppelfürsorge, der Akademie für praktische Medizin, der Kriegsblindenfürsorge und andere mehr. Eine Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln-Deutz unterstützte praktisch die Tagungen in dankenswerter Weise. Wir beschränken uns aber auf einen Bericht über die Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen, die am 23. August stattfand.

An der Versammlung sind beteiligt die Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der christlichen Gewerkschaften, der Deutschen Gewerksvereine und der Polnischen Berufsvereine sowie eine Reihe von Angestelltenvereinigungen. Das Bureau der Konferenz wird gebildet von den Herrn Legien (Generalkommission der Gewerkschaften), Gisberts (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften), Hartmann (Verband der Deutschen Gewerksvereine) und Gwizdek (Polnische Berufsvereinigung). Das einleitende Referat über die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge erstattet Herr Weis (Berlin). Er weist darauf hin, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge auf freier Organisation unter Zusammenfassung der verschiedensten, auf diesem Gebiete tätigen gemeinnützigen Organisationen, aufgebaut sei. Eine Zentralisation dieser Bestrebungen, die auch der Reichstag forderte, wurde durch die Einsetzung eines Reichsausschusses geschaffen und die Organisation der Provinz Brandenburg den übrigen Reichsteilen als Muster empfohlen. Dabei wurde den Provinzial-, Kreis- und Ortsausschüssen nahegelegt, auch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter paritätisch an der Fürsorgetätigkeit zu beteiligen. Aber dieser gute Rat wurde schon in der Provinz Brandenburg nur sehr unvollkommen befolgt und ebenso zeigte sich anderwärts eine Abneigung gegen die Schaffung paritätischer Organisationen, wie eine Erhebung der Generalkommission bei den ihr angehörigen Gewerkschaftskartellen bestätigte. Wo aber Arbeitervereine hinzugezogen wurden, werden sie häufig nicht an den Arbeiten beteiligt, so daß diese Zuziehung bloß eine Dekoration geblieben ist. Die Abneigung gegen die Gewerkschaften, die vor dem Kriege bestand, herrscht auch heute noch in weiten Kreisen. Die Reichsbehörden erkennen die Gewerkschaften an, aber sie haben keinen Einfluß auf die unteren Organe; es fehlt ihnen die anordnende Gewalt; sie können nur Ratschläge erteilen, die besonders beim alten preussischen Landrat auf taube Ohren stoßen. Wie manche Provinzialbehörden die Gewerkschaftsgruppen behandeln, beweist ein Ersuchen der Zentralvertretungen derselben an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, am 27. Oktober 1915, um eine Rücksprache in Sachen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, auf welche dieselben monatlang keine Antwort erhielten, dann um Auf-

schub ersucht wurden und bis heute noch keine Erledigung des Gesuchs erreichen konnten. (Lebhaftes Hört, hört!) Angesichts solcher Vorgänge sei es mit der Geduld der Arbeiterorganisationen und den Erwartungen auf die freie Organisation zu Ende und eine reichsgesetzliche Regelung der Organisation nicht länger aufzuschieben. Die Organisation müsse lückenlos durch das ganze Reich durchgebaut sein, schon während des Krieges, weil sie nach dessen Abschluß ihre härteste Probe zu bestehen habe. Eine Umfrage der Generalkommission in 296 Orten ergab, daß in 147 Orten Fürsorgeausschüsse bestehen. Am besten sei die Organisation in Sachsen (Heimatkund). Als Berufsberater seien 931 Vertreter, als Beisitzer 445 Vertreter der Gewerkschaften tätig. Bedenkt man, daß allein 200 Berufsberater auf Berlin entfallen und zieht man die Zahlen einiger Großstädte ab, dann bleibt für das übrige Reich wenig übrig. Die Arbeitszuweisung sei in manchen Orten höchst primitiv, ohne Rücksicht auf den Zustand der Kriegsbeschädigten, so daß sie deren Vertrauen nicht erwerben könne. Bei der jetzt erfreulich fortschreitenden Zentralisation der Arbeitsnachweise sei darauf zu achten, daß nicht besondere Kriegsbeschädigten-Arbeitsnachweise geschaffen oder Vakanzenlisten nach Art der vom Verband der märkischen Arbeitsnachweise herausgegebenen verbreitet werden, in denen Stellen zu niedrigen Löhnen ausgetobt werden.

Als zweiter Referent erörtert Herr Streiter (Berlin) einige Spezialfragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Mannschaftsversorgungsgesetz enthalte bedenkliche Mängel, auf die bereits der Sonderausschuß des Reichsausschusses hingewiesen habe. Die Militärrente für einen völlig erwerbsunfähigen Mann betrage nur 720 Mk. pro Jahr, ein Betrag, mit dem besonders in einer größeren Stadt nicht auszukommen sei. Hier müsse eine Reform nach sozialen Gesichtspunkten eintreten. Vor der Armenpflege müßten die Kriegsbeschädigten unter allen Umständen bewahrt werden. Den Gemeinden könne man auch nicht dauernd größere Opfer auferlegen. Hier müsse das Reich ausreichende Fonds zur Verfügung stellen. Auch für die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und Kriegskranken müsse etwas geschehen, da man sie nicht der Armenpflege überlassen dürfe. Die Arbeitsbeschaffung müsse in enger Verbindung mit den Arbeitsnachweisen stehen und da, wo Arbeitsgemeinschaften bestehen, möglichst diesen übertragen werden. Den privaten Wohlfahrtsvereinen, die oft von zweifelhaften Elementen geleitet, sich mit Arbeitsvermittlung befassen, müsse man energisch auf den Leib rücken. Man möge sich an die zuständigen Gewerkschaften wenden, wo paritätische Einrichtungen nicht bestehen.

Der Vorsitzende unterbreitet der Versammlung folgende Entschließung der Zentralen sämtlicher Gewerkschaftsgruppen, die der morgigen Kongreßtagung vorgelegt werden soll:

»Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind an der Fürsorge für die kriegsverletzten und kriegserkrankten Kriegsteilnehmer auf lebhafteste interessiert und haben sich seither an den Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, vor allem an den Arbeiten des Reichsausschusses intensiv beteiligt. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die besonders nach Schluß des Krieges von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird, bedarf zur erfolgreichen Wirksamkeit in aller erster Linie des Vertrauens der von der Fürsorge selbst betroffenen Personen. Dieses Vertrauen kann nur erworben werden, wenn ihnen die Leistungen der Fürsorge durch eine reichsgesetzlich geregelte Organisation gewährleistet werden. Da die Kriegsbeschädigtenfürsorge dieser Grundlage bisher entbehrt, fordern die in Köln anläßlich der Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge versammelten Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands deren reichsgesetzliche Regelung.

Die Voraussetzung einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufskreise auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen überall als vollberechtigt hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigen Sondergebieten der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen.

Von ihrem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit arbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unablässig bemüht sind eine gesetzliche Neuregelung der Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Bezüglich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Auf-

gabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildete paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifanstalten (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vornehmlich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann eingreifen, wenn Arbeitgeber bestimmte, dem Kriegsbeschädigten gegebene Versprechen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksamste Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erstreben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten im Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis die weitestgehende Unterstützung gewähren und ihnen in treuer Kameradschaft jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Herr Oberbürgermeister Geib dankt der Konferenz für ihre Teilnahme an der Kriegsbeschädigtenfürsorge und nimmt für den von ihm vertretenen Reichsausschuß in Anspruch, daß er bereitwillig mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammenarbeitet habe. Ihre Leitsätze seien im Einvernehmen mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter gefaßt. In der Praxis sei es leider noch anders, weil der Reichsausschuß nur eine beratende und begutachtende Stelle sei und keine Direktiven geben könne.

Nach längerer Debatte wird die Entschließung von der Konferenz einstimmig angenommen und Herr Giesberts beauftragt, dieselbe der morgigen Tagung des Kongresses zur Verlesung zu bringen. Ferner wird beschlossen:

Die Konferenz beauftragt die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen, gemeinsam die weiteren, den Interessen der Kriegsbeschädigten dienenden Maßnahmen zu treffen, und zwar:

1. bei dem Herrn Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge bessere organisatorische Grundlagen erhält;
2. an den Reichstag und Bundesrat eine in gleichem Sinne gehaltene Eingabe zu richten;
3. eine Zusammenstellung der Orte bzw. Kreise zu machen, an denen eine Fürsorgeorganisation vorhanden ist;
4. Vereinbarungen über die Vertretung der Gewerkschaften und Angestelltenvereinigungen in diesen Organisationen zu treffen.

Nach dieser Erledigung der Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge beschließt die Konferenz einstimmig folgende gemeinsame Erklärung der vertretenen Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegenüber den Gelben Organisationen:

Angesichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Werksvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.) und der Polnischen Berufsvereinigungen sowie des Deutschen Werkmeisterverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennt und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnt.

Mit dem Wunsche, daß die hier geschaffene Arbeitsgemeinschaft die Unterstützung in allen Kreisen der vertretenen Organisationen finden möge, schließt der Vorsitzende die Konferenz.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Kunstgewerbeschule zu Barmen.

Wie die graphische Fachklasse der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Breslau, gibt auch die Kunstgewerbeschule zu Barmen für die im Felde stehenden Schüler eine Kriegszeitung heraus. Auch die Barmer »Kriegsmittellungen« zeugen von dem Eifer, mit dem an der Schule für die künstlerische und praktische Weiterbildung der Schüler gearbeitet wird. Es ist ja noch gar nicht lange her, daß die praktische berufliche Ausbildung an diesen Gewerbeschulen lediglich in der Nachbildung alter bewährter Vorbilder bestand. Über diese armselige Ausbildung sind wir glücklicherweise überall hinweggekommen. Je mehr die Schulen sich neben der künstlerischen Durchbildung an die Bedürfnisse der Praxis halten, um so anerkannterwert sind die dabei zutage tretenden Leistungen. Eine reine praktische Betätigung ist das Arbeiten

für und an diesen »Kriegsmittellungen«. Die dabei gelieferten Arbeiten haben noch den Vorzug, nicht erst auf eine kaum besuchte Ausstellung der nach so engen Öffentlichkeit vorgeführt zu werden. Es sind Arbeiten, die denen der Praxis fast gleichzusetzen sind. Sogar ein richtiges Kriegsglied mit 3 Seiten Noten finden wir darunter.

Welche Freude muß es beim arbeiten geben, wenn es sich darum handelt, irgend eine Zeichnung eines jetzt im Felde stehenden Mitschülers zu vervielfältigen. Möge auch der rein künstlerische Wert einiger Blätter nicht sonderlich hoch sein, der Wert als praktisches Bildungsmittel bleibt bestehen. Auch die ausbildende Wirkung dieser Blätter ist nicht nur auf den Einzelnen beschränkt, sondern dehnt sich durch die Veröffentlichung in den »Kriegsmittellungen« auf die ganze Schule aus. Und alle, die sich heute im Felde befinden und blutige Arbeit verrichten, statt künstlerische und fachliche Weiterbildung zu treiben, stehen durch die Zeitung mit ihren ehemaligen Schulkollegen in inniger geistiger Verbindung. So erleben sie auch die Fortschritte mit, die dort erzielt werden. Besonders mag diese Wirkung erzielt worden sein, wenn es galt, die aus den Felde gesandten Zeichnungen ehemaliger Schüler zu reproduzieren. Ein Beiblatt, 3 Soldatengräber, in der Art flotter Steinzeichnungen, hebt sich weit über den Rahmen einer Schülerarbeit hinaus. Schwermütige Ruhe atmet das ganze Bild. Feierlich ernst heben sich die 3 hellen, aus Baumstämmen gezimmerten Kreuze von den dahinterstehenden schwarzen Fichten ab. Wie segnend hängen die lichten Zweige der Laubbäume im Hintergrund. Schlicht und einfach und doch nett in der Wirkung ist auch die »Ostpreussische Mühle«. Die »Polenkinder« und die »Köpfe der polnischen Juden« verraten gute Veranlagung und sicheren Sinn für das Wesentliche. Nicht übel ist ferner die Wiedergabe der Federzeichnung: Straßenverschönerung. Sie würde wohl noch besser wirken, wenn die Striche leichter und freier, weniger ängstlich ausgeführt worden wären. Eine geschmackvolle Buchdruckarbeit ist das Blatt: »Herzlichste Weihnachtsgrüße 1916.« Wenn in solcher Weise an der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses und auch der der Gehilfen gearbeitet wird, dann braucht uns um die Zukunft der deutschen graphischen Industrie nicht bange zu sein.

Feuilleton.

Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland.

In dem oben wiedergegebenen Titel, des von dem Richter Dr. Alfred Bozi und dem Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann herausgegebenen Buches, liegt schon enthalten, daß wir eine Darstellung dessen darin finden sollen, wie sich die drei Begriffe in dem neuen Deutschland gestalten sollen. In dem neuen Deutschland, in dem Deutschland nach dem Kriege. Klingt nicht aus diesem Titel deutlich die Auffassung durch: es müsse der Krieg von revolutionärer Wirkung sein; nach dem Kriege müßten sich gewaltige Umwälzungen ergeben, die unbedingt nur im Sinne sozialer und demokratischer Fortschritte sich denken lassen? Wäre dies Buch, das einen ziemlichen Umfang hat, von einem einzigen Verfasser, so würde allein dieser Umstand zur kritischen Vorsicht mahnen. Glücklicherweise haben wir es hier mit einem der Sammelwerke zu tun, wie sie in den drei Büchern von Thimme und in dem von Jansson in der letzten Zeit herausgegeben wurden. Wo vieles gebracht wird, wird natürlich auch die Qualität des Dargelegten eine durchaus verschiedene sein. Um es gleich vorwegzunehmen: aus einem ganz besonderen Grunde dürfte gerade dieses Werk den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zum Studium angelegentlich empfohlen sein. In der Arbeiterschaft lebt ein heißes Bedürfnis nach Aufklärung über Rechtsfragen. Doch das meiste, was in der sozialistischen Literatur auf diesem Gebiete bisher heraus kam, gibt kein zusammenhängendes Bild. Es sind im wesentlichen die speziellen Gebiete der Arbeiterrechtsfragen. Und doch wirken dem Arbeiter noch ganz andere Hindernisse bei seiner sozialpolitischen Betätigung entgegen. Eine prächtige Aufklärung über die Ursache so mancher parteiischen Behandlung der Arbeiterbewegung durch die juristische und vor allem durch die Verwaltungspraxis, gibt uns W. Franz in dem Artikel über »Juristische Vorbildung und Auslese der Verwaltungsbeamten.« Er sagt dort unter anderem: »Deutschland ist ein Juristenland geworden, ein Land, in dem, abgesehen von dem Amt des Kriegsministers und dem des Staatssekretärs der Reichsmarine, alle leitenden Männer vom Reichskanzler bis zum kleinsten Vereinssekretär und bis weit in die viel verzweigte Privatwirtschaft hinein »Juristen« sind.« — Wenn so alles nach demselben Schema durchgebildet und erzogen ist, dann wird es uns so recht klar, warum die Arbeiterorganisationen bei Durchsetzung ihrer, aus der Natur der kapitalistischen Produktionsweise sich ergebenden proletarischen Rechtsauffassung eine so unsagbar mühe- und vor allem opfervolle Arbeit haben. Dieser Widerstand soll

Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland Herausgegeben von Bozi und Heinemann. — Verlag: Ferdinand Enke in Stuttgart. Preis gebettet 6 Mk., kartoniert 6,80 Mk.

und muß überwunden werden. Das natürliche Rechtsempfinden, das sich aus der lebendig flutenden sozialen Strömung unserer Zeit ergibt, muß sich durchsetzen. Diese Aufgabe erwartet uns im neuen Deutschland genau so, als wir schon an seiner Verwirklichung im alten Deutschland gearbeitet haben.

Freilich hat uns der Krieg, so viel ist heute schon klar zu erfassen, gewaltige Schuttmassen an Vorurteilen aus dem Wege geräumt. Wir werden etwas leichtere Arbeit haben. Doch dagegen möchten wir uns wenden, als läge nunmehr aller Fortschritt geradezu handgreiflich zutage. Das erscheint uns eine Schwäche, die besonders in den beiden Artikeln unserer Genossen Dr. Hugo Heinemann und Wolfgang Heine zum Ausdruck kommt. Heinemann bringt uns eine glänzende Darstellung über »Die soziale Kraft der Koalition«. Was er uns dort zu sagen hat, ist ein Meislerwerk juristischer Durchleuchtung der sozialistischen Zeitströmungen. Es ist mit der Begeisterung des Rechtsanwalts geschrieben, der längst die tiefe wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Arbeiterbewegung erkannt hat und sich dennoch im ständigen Kleinkrieg mit den rückständigsten Auffassungen sieht. Durch den Krieg, durch die Änderung des Vereinsetzungsgesetzes, durch die Anerkennung der Arbeiterorganisationen als gesellschaftlich notwendige Gebilde, ist eine mächtige Bresche in die zum Teil jahrtausende alte Mauer geschlagen worden. Nur möchten wir nicht so weit gehen wie Heinemann in seiner verständlichen Begeisterung. Bei der Behandlung des Erpressungsparagrafen sagt er es deutlich: »Der wesentliche Fehler lag beim Gesetzgeber«. Wie geht es aber zu, so fragen wir, daß gerade durch den Erpressungsparagrafen, der so viele ehrliche Arbeiter in Gefängnis und Zuchthaus gebracht hat, niemals ein Unternehmer getroffen wurde? Noch sind alle die widerstrebenden Gewalten nicht beseitigt. Sowohl die staatlichen Organisationen als auch die kapitalistischen Interessengruppen haben durch den Krieg an Einfluß und ökonomischer Macht bedeutend gewonnen. Sind also Breschen geschlagen, so sind demgegenüber andere Stützpunkte allherrwürdiger reaktionärer Gewalten gestärkt worden. Ganz abgesehen von der niederdrückenden Tatsache, daß sich die politische Arbeiterbewegung dem Gegner zerstückelt und zerrissen vor die Füße legt.

Was Heine über die Vorzüge des Laienrichters gegenüber dem Berufsrichter zu sagen weiß, wirkt überzeugend und erfrischend. Sogar den Irrtümern eines Laienrichters weiß er noch Vorteile abzugewinnen: »Es sind die Vorurteile einer lebendigen Zeit gegenüber einer versteinten Vergangenheit.«

Wir sind außerstande, die Fülle lehrreichen Stoffes auch nur andeutungsweise wiederzugeben, die in dem Buch enthalten ist. Schon allein für den gewerkschaftlich interessierten Arbeiter bietet es des Wissenswerten außerordentlich viel. Soweit die Gewerkschaftsvertreter zur Sprache kommen, ist der Ton nüchtern, weniger erwartungsvoll. So wenn Th. Leipart, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, in umfassender Gründlichkeit über den Arbeitstarifvertrag nach dem Kriege schreibt, oder Adolf Cohen die Arbeitsnachfrage behandelt. Aus tiefer Kenntnis der Praxis tragen sie ihre Forderungen an das Deutschland nach dem Kriege vor. Ohne phantasievolle Hoffnungen, nur gestützt auf die Bedürfnisse der organisierten Arbeiterschaft. Sollen wir noch die wunderbare Arbeit: »Die Selbstverwaltung« von Hugo Lindemann erwähnen? Oder, — aber wir wollen es genug sein lassen. Sind auch nicht alle in dem Buch enthaltenen Arbeiten von gleicher Gründlichkeit und Tiefe — wir denken dabei an die flache, weit ab von aller modernen soziologischen Forschung liegende Abhandlung: »Die sozialen Aufgaben des Strafrechts nach dem Kriege«, die Mehrzahl der in dem Buch enthaltenen Aufsätze bieten eine reiche Fundgrube theoretischer und praktischer Belehrung. Wenn auch dem Einzelnen der Preis des Buches ein zu hoher sein sollte, auf die Anschaffung desselben in Bibliotheken sollten unsere Kollegen zum mindesten dringen.

Vom Büchertisch.

Kriegsinvalidenfürsorge und Gewerkschaften, von J. Kurth, Preis 60 Pfg. Verlag G. Birk & Co., G. m. b. H., München. Die Frage der Kriegsinvalidenfürsorge steht in der sozialpolitischen Debatte an erster Stelle. Sie umfaßt ein großes Gebiet zusammenhängender Fragen, die der Verfasser in übersichtlicher und gemeinverständlicher Weise darstellt. Da die Stellung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Kriegsinvalidenfürsorge von größter Bedeutung ist, sollte jeder denkende Arbeiter im eigenen Interesse sich mit dieser Sache vertraut machen.

Über Begriff u. Bedeutung der Kommunalwissenschaft. Hugo Lindemann. — Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin, S. W. 68. Preis 2 Mk. Vereinsausgabe 0,75 Mk.

Verschiedenes

Saalfeld (Saale), September 1916
M. Schamberger-Ausstellung

Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe (Deutscher Senefederbund). — Herausgegeben am 15. September 1916.

Zur Beachtung! Nachstehend geben die Adressen der Auskunftserteiler in den einzelnen Mitgliedstaaten bekannt, die zum größten Teil auch als Ortsvorsitzende amtierend. Von der Bekanntgabe der Internationales Adressen wollen wir auch diesmal Abstand nehmen. Wie eine internat. Anfrage hat, wende sich an den internationalen Sekretär Otto Sillier, Berlin N 24, Elsässerstraße 86-88, III. Ebenso haben wir diesmal wieder davon abgesehen, die zur Mitgliederschaft gehörenden Druckorte anzugeben. Diese sind noch die gleichen, wie sie in den früheren Verzeichnissen angegeben sind. Wir bitten dringend, dieses Verzeichnis, sowie die hierzu noch erscheinenden Nachträge gut aufzubewahren. Jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand, Adresse: Otto Sillier, zu berichten. Der Hauptvorstand.

Aachen: Anton Keppler, Promenadenstraße 17.
Altenburg, S.-A.: Cl. Riehle, Kanalstraße 19.
Altona-Ottensen: Oskar Schilling, Hamburg 19, Ophagen 13, III.
Altwasser i. Schl.: Otto Dorlas, Waldenburgerstr. 5
Aschaffenburg a. M.: Georg Buchner, Aschaffenburg a. M.-Damm, Heidstraße 56.
Aschersteden: Hermann Bertram, Unterstr. 2.
Augsburg: A. Gülden, Thomstraße 26.
Barmen: Paul Markus, Erlenstraße 10.
Bautzen: Ernst Treber, Stiftstr. 1.
Berlin: Verbands-Bureau im „Gewerkschaftshaus“ Engelufer 15, III, Zimmer 67/68 geöffnet von 10 bis 1 und 4 bis 6 Uhr.
 -Auskünfte erteilen für:
 „ -Lithogr. u. Steindr.: Alex Czech im Verbandsbureau (siehe oben).
 „ Chemigr.: Max Oragen i. Verb.-Bureau (s. oben).
 „ -Lichtdr.: Carl Hilbig, Berlin Wilmersdorf, Berlinerstr. 118-119
 „ -Kupferdr.: Emil Henseke, Britz bei Berlin, Rungiusstraße 34.
 „ -Photogr.: Wilh. Hänlein, N 24., Elsässerstr. 86-88, III.
 „ -Formst.: Karl Weiner, NW 21, Wicelstr. 23, Quergeb. I.

Bielefeld: Josef Hagedorn, Schulstr. 3.
Bietigheim i. Würtbg.: Rich. Schmuck Holzgartenstr. 9.
Bonn a. Rh.: Friedrich Meßmer, Peterstr. 10.
Bramsche b. Osnabr.: G. hört jetzt z. Mitgl. sch. Osnabrück.
Brandenburg a. H.: Konr. Eichler, Kais. Friedrichstr. 2, II.
Braunschweig: L. Schumm, Reichstraße 29, I.
Bremen: Gustav Helbig, Buddestr. 23.
Breslau: Paul Lukowitz, Margaretenstr. 28.
Buchholz i. S.: Ehregott Wagner, Schlettaustraße 32
Bunzlau in Schlesien: Franz Kaleschke, Rotlachstr. 55.
Burglind i. S.: Otto Paul, Gärtnerstr. 25, I.
Cassel: Ernst Berg, Mombachstraße 34.
Chemnitz: A. ban Straube, Sonnerstr. 76 pt.
Coblenz: Herm. Daum, Höhr in Nassau, Schützenstr. 8.
Coburg: Gehört jetzt zur Mitgliedersch. Saalfeld a. S.
Colmar i. Els.: Math. Baumann, Schädelsgaasse 18.
Cöln a. Rh.: Lith., Steindr., Formst., Lichtdr. u. Photogr.: Aug. Kröpfigans, Cöln a. Rh.-Klettenberg, Berrenrathstr. 363.
 „ „ Chemigr.: Rudolf Reichl, Cöln a. Rh.-Ehrenfeld, Iltisstr. 10 u.
Cöln i. Pom.: E. Röhrich, Badüberstr. 11.
Coswig i. S.: Bruno Knötisch, Radebeul bei Dresden, Nizzastr. 70.

Crefeld: Jos. Bohnes, Vereinstr. 106.
Crimmitschau i. S.: Ausk. erteilt d. Gauleiter E. Herbst, Leipzig, Zeitzerstr. 32, III.
Danzig: Hugo Zilisch, Milchkanngasse 28 29, III.
Darmstadt: Wilhelm Oßler, Karlstr. 19.
 Formst.: August Schcker, Kreuzgasse 16.
Dessau: Franz Bahn, Friedhofstr. 33.
Detmold: Richard Jahnke, Langestr. 13
Dortmund: Hermann Schneider, Leibnitzstr. 20, Gewerkschaftshaus.
Dresden: Lithograph u. Steindrucker: P. Leinen, Altst. Ritzbergerstr. 2, II, I.
 „ Chemigr. u. Photogr.: Karl Lorenz, Altst. 16, Blasewitzerstraße 15, III.
 „ Lichtdr., Emil Rädcl, Glashütterstr. 56, II.
Duisburg: Joseph Welter, Mendelssohnstraße 6.
Düren, Rhld.: Wilhelm Steves, Zilpicherstraße 40a.
Düsseldorf: Ernst Rott, Birkenstr. 87.
Ebersbach i. Sachs.: Max Elmer, Grenzstr. 854 b.
Eilenburg: Gustav Appel, Rödgerstr. 30.
Einbeck (Hannover): Louis Zeitz, Hohe Münsterstr. 3, I.
Elberfeld: Gustav Kalbfleisch, Hagenauerstr. 6, III.
Elbing: H. Schink, Auenberer Marienburgerdamm 41, I.
Emmerich a. Rh.: Michael Rozie, Burgstr. 1, bei Immand.
Erfurt: Hermann Eckardt, Auenstraße 25 part.
Essen a. Ruhr: Karl Filling, Essen a. Ruhr-Rütterscheid, Kurtstr. 49, III.
Esslingen a. Neckar: Otto Hägele, Kanalstr. 21.
Forbach in Lothringen: Andr. Kiefer, Waldstr. 6.
Frankfurt a. M.-Lith., Sidr. und Lichtdr.: Jean Berz, Frankfurt a. M.-Stid., Wallstr. 23.
 „ Chemigr. u. Photograph: Karl Hensel, Wittelsbacher Allee 139, I.

Frankfurt a. O.: Max Pohl, Luckauerstr. 25, II.
Freiburg i. B.: Fritz Kleinschmidt, Knradstr. 9, ptr.
Freiburg i. Schl.: Alfred Nitsche, Bismarckstr. 6, b. Mann.
Frib i. Bayern: Herm. Rieß, Kaiserplatz 3, III.
Geislingen a. St.: Alb. Haubmann, Karlstraße 51.
Gera (Reuss): Wilh. Traumüller, Gera, Neudebschwitz, Zwötzerstr. 27.
Glauchau i. S.: Gehört jetzt zu Zwickau i. S.
Gleiwitz i. O.-Schl.: W. Zimniewicz, Lange Str. 4, II.
Glogau i. Schl.: Franz Zimmer, Polnischestr. 21.
Göppingen i. Würtbg.: R. Tschabold, Oberhofenstr. 11.
Görlitz i. Schl.: Max Tschabold, Jüdenring 3, I.
Gotha: Karl Hoffmann-Ortleb, Mohrenstraße 31.
Greiz i. Vogtl.: Gehört jetzt z. Mitgl. sch. Reichenbach i. V.
Grimma i. S.: Paul Gey, Prophetenberg 3.

Halberstadt: Karl Dreßler, Harzstr. 8.
Halle a. S.: Carl Ehrhardt, Unterplan 7.
Hamburg: H. Wurtzel, i. Verbandsbureau, Besenbinderhof, 57, IV, Zimmer 50. (Gewerkschaftshaus.)
Hannau a. M.: Fr. Schnellbacher, Mühlsstr. 2a.
Hannover: Felix Schmidt, Striehlstr. 21, II.
Harburg a. Elbe: W. Meyer, Postweg 8, pt.
Hechingen (Hohenzoll.): Gehört jetzt zu Stuttgart.
Heidelberg: W. Lutz, Karl Ludwigstr. 4, Hths. 3 Tr.
Heilbronn a. N.: Peter Burger, Herbststr. 28, I.
Herford i. Westf.: Hermann Lübbing, Ennigloh bei Bünde in Westf. Nr. 337.

Hildesheim: Hugo Braun, Gewerkschaftssekretär, Goschenstr. 24. (Gewerkschaftshaus)
Hirschberg i. Schl.: Hermann Fiedlich, Cunnersdorf bei Hirschberg i. Schl., Warmbrunnerstr. 2a.
Hof-Göhlmann: Geh. jetzt z. Mitgl. sch. Altwasser i. Schl.
Jena: Ernst Zacher, Lutherstr. 69, II.
Iserlohn i. Westf.: Heinrich Weindorf, Grafenstr. 8
Itzehoe i. Holstei.: Gehört jetzt zur Mitgl. sch. Hamburg.
Kaiserslautern: F. Bößler, Fabrikstraße 8, II.
Karlsruhe i. B.: Ernst Haßler, Lessingstr. 70 a. III.
Kattowitz, O.-Schl.: Heinr. Rabel, Königin Luisestr. 4, III.
Kaufbeuren i. Bay.: Jos. Bründler, Johannes Haagstr. 8.
Kempen, Rhld.: Franz Beumers, Markt 15.
Kiel: D. Michaelsen, Schauenburgerstr. 32, ptr.
Kirchhain, N.-L.: Gauleiter Alex Czech, Berlin SO. 16 Verbandsbureau, Engelufer 15, III.

Königsberg i. Pr.: Rich. Andersch, Königsberg i. Pr.-Rathhof, Richterstr. 23.
Lahr i. B.: Gustav Richter, Burghelm b. Lahr i. B.
Leipzig: Verb.-Bureau im „Volkshaus“, Zeitzerstr. 32, III, Zimmer 26, geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr.
 -Auskünfte erteilen für:
 „ Lithogr. u. Steindr.: Das Verbandsbureau, s. o.
 „ Chemigr.: Vertr. Reinhard Friedel, Leipzig-Anger, Herbartstr. 1, II.
 „ Lichtdr.: Carl Jentsch, Leipzig-Stötteritz, Zuckelhäuserstr. 7, I.
 „ Formstecher: Vertr. Otto Polster, L.-Klein-zschocher, Klarastr. 6, I.

Lobberich, Rhld.: Ausk. erteilt der Gauleiter Aug. Kröpfigans, Cöln a. Rh.-Klettenberg, Berrenrathstr. 363.
Lübeck: Carl Wurm, Wakenitzmuer 94.
Lüdenscheid i. W.: Max Herrmann, Markt 143.
Lüneburg: Franz Florentz, Eisenbahnweg 6, I.
Magdeburg: Friedrich Müller, Moldenstr. 14.
Mainz: Karl Kläber, Verbindungsweg 15.
Mannheim: Lith. u. Steindr.: L. Bartsch, Mittelstr. 36.
 „ Chemigr.: Th. Bodri, Q 5, 12.
Marburg a. Lahn: F. Ackermann, Obere Rosenstr. 2.
Meiningen: Gehört jetzt zur Mitgliedersch. Saalfeld a. S.
Meissen i. S.: Hans Philipp, Meissen i. Sachs rechts, Hafenstein 33.

Metz: August Jehle, Untersaalstraße 14, II.
Mörseln (Bez. Dresden): Osk. Winkler, Bismarckstr. 33 pt.
Mühlhausen i. Th.: Wilhelm Bock, Alter Blöbach 43.
Mühlhausen i. E.: Gauleit. G. Richter, Burghelm b. Lahr, Bd.
München-Lith. u. Sidr.: Karl Guhra, Maßmannstr. 2, III.
 „ -Chemigr. u. Kupferdr.: F. Schnell, Dschauerstraße 41, IV.
 „ -Phot. u. Ldr. A. Sorger, Schleißheimerstr. 85, I, I.
M.-Gladbach: L. Thelen, Rheydt, Bez. Düsseldorf, Waterstr. 12.
Neu-Isenburg b. Frankfurt a. M.: A. Jehnicke, Frankstr. 72.
Neurode i. Schl.: Peter Rosenberger, Kohlenstr. 14.
Niederselz i. S.: Georg Teichert, Siemensstr. 10, I.
Nordhausen a. Harz: R. Scheibitz, Petersberg 20.
Nürnberg-Steindr.: Fritz Billmann, Ottstr. 3, I, I.
 „ -Lith. u. Lichtdr.: Wilh. Schatt, Mörgasse 20.
 „ -Chem., Photogr. u. Kupferdr.: Hans Engelhardt, Schoppershofstr. 32, III.

Offenbach a. M.-Lith. u. Sidr.: Hermann Neumann, Herrstr. 16.
 „ -Chemigr.: Karl Hensel, Frankfurt a. M. Wittelsbacher Allee 139, I.
Offenburg i. B.: Gehört jetzt zur Mitgliedersch. Lahr i. B.
Osnabrück: August Becker, Gr. Hamkenstr. 14, III.
Pforzheim i. B.: Karl Schaller, Gellertstr. 27, III.
Plauen i. Vogtl.: Otto Bräter, Albertstr. 117, II.
Posen: Gauleiter Alex Czech, Berlin SO. 16, Verbandsbureau Engelufer 15, III.

Potsdam: H. Hetzel, Nowawes b. Potsdam Kreuzstr. 5 pt.
Regensburg: Franz Jüngling, am Stärenbach 10, II.
Reichenbach i. Vogtl.: Ewald Pahn, Dammsteinstr. 9, II.
Remscheid i. Rhld.: Gehört jetzt z. Mitgl. sch. Solingen.
Rheydt (Bez. Düsseldorf): Paul Scheufen, Hauptstr. 241.
Saa'feld a. S.: J. Meier-Durst, Knochr. 65.
Schleittau i. Erzg.: Gehört jetzt zur Mitgl. sch. Dresden.
Schramberg i. Würtbg.: J. Weingärtner, Lauterbachstr. 59.
Schwabach b. Nürnberg: Jul. Silberer, Ebersbergerstr. 2.
Schwannungen a. N.: Geh. jetzt zur Mitgl. sch. Stuttgart.
Schwerin i. M.: H. Groth, Waisenstr. 29, II.
Schweidnitz i. Schl.: Georg Lormes, Burgstr. 19.
Seib i. Bayern: Eug. Schaub Lith., Hofi. B., Bürgerstr. 22.
Solingen: Hermann Stracke, Neustr. 57.
Sprendlingen (Krs. Offenbach a. M.): Joh. Phil. Stroh.
Stettin: Georg Barz, Schnellstr. 14, v. III.
Stolberg i. Rhld.: Paul Drzemalla, Büsbach bei Stolberg i. Rhld., Stolbergerstr. 36.

Strassburg i. E.: A. Pohl, Straßburg i. Els.-Neudorf, Polygonstraße 16.
Stuttgart-Lith. u. Sidr.: Alb. Schaub, Seyfferstr. 44, I.
 „ -Chemigr., Phot. und Lichtdr.: Ed. Heinle, Weras' r. 12, III.
Tilsit: K. Busch, Rosenstr. 23, p.
Trier a. M.: Wilhelm Bär, Euchariusstr. 30.
Ulm a. D.: Emil Lüll, Mathiendstr. 10.

Viersen, Rhld.: Alois Seuren, Rahserstr. 122.
Waldkirch in Baden: Ernst Herzog, Hebelstr. 3.
Weimar: Carl Zaubitzer, Oberweimar b. Weimar Nr. 87.
Wesel: Fr. Piecken, Niederstraße 39.
Wiesbaden: Karl Seidler, Kaiser Friedrich-Ring 78.
Würzburg: Jos. Gösswein, Gardistenstr. 5.
Wurzen i. S.: Alois Haut, Bennewitz b. Wurzen i. S., Nr. 87 b.
Zeitz: Paul Grandzöfer, Aue b. Zeitz, Gärtnerstr. 10 pt.
Zittau i. S.: Otto Friedrich, Luisestr. 5, pt.
Zwickau i. S.: Max Gabel, Innere Leipzigerstr. 46, I.

Haupt-Vorstand:
 Otto Sillier, Hauptvorsitz., Wilh. Brall, Hauptkass.
 Bureau: Berlin N. 24, Elsässerstr. 86-88, III.
 Telephon: Amt Norden, 4268.

Revisoren der Hauptkasse:
 Zuschriften an P. Magel, Treptow b. Berlin, Baum-schulenstraße 67.

Zentral-Ausschuss:
 Fritz Beine, Vors., Dresden 34, Tolkewitzerstr. 88

Redakt. d. Graph. Presse u. d. Graph. Jugend:
 Adolf Domnick Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88, III.

Press-Kommission:
 Max Goldhagen, Vorsitz., Leipzig-Connewitz, Bornaischestr. 54, Hs. I.

Zentral-Kommissionen:
 Technische Zentrale: Vors.: Ernst Herbst, Leipzig, Zeitzerstr. 32, Zimmer 26 (Volkshaus).
 Lithographen, Kartographen u. graph. Zeichner: Vors.: H. Müller, Berlin SO 16, Engelufer 15, IV.
 Steindrucker: Vors.: I. V.: Joh. Haß, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88.

Chemigraven: Vors.: Max Oragen, Berlin-Friedenau, Albestr. 21.
Lichtdrucker: Vors.: Carl Hilbig, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstr. 118-119.
Photographen: Vors.: Wilh. Hänlein, Berlin N 24, Elsässerstraße 86-88, III.

Formstecher: Vors.: I. V. Karl Weiner, Berlin NW 21, Wicelstr. 23, Querb. I, Zentralarbeitsnachw. durch d. Verb.-Bureau Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88 III.
Kupfer- u. Tiefdrucker: Vors.: Kilian Wolf, Neukölln bei Berlin, Weserstraße 93.
Zentral-Lehrlings-Kommission: I. V.: Joh. Haß, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88, III.

Gau-Vorstände:
Gau I, Berlin: A. Czech, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15, III, Zimmer 67/68, Gewerkschaftshaus.
Gau II, Breslau: Otto Forchmann, Breslau II, Bohrauerstr. 12 a.
Gau III, Hamburg: H. Wurtzel, Hamburg I, Besenbinderhof 57, IV, Zimmer 50, Gewerkschaftshaus.
Gau IV, Cöln a. Rh.: Aug. Kröpfigans, Cöln a. Rh.-Klettenberg, Berrenrathstr. 363.
Gau V, Leipzig: Ernst Herbst, Zeitzerstraße 32, III, Zimmer 26, Volkshaus.
Gau VI, Dresden: P. Leinen, Dresden-A., Ritzenbergstraße 2, II, Volkshaus.
Gau VII, Frankfurt a. M.: Karl Hensel, Frankfurt a. M., Wittelsbacher Allee 139, I.
Gau VIII, Lahr i. B.: G. Richter, Burghelm b. Lahr i. B.
Gau IX, Karlsruhe: Ado f. Kirchner, Karlsruhe i. B., Essenweinstr. 20, III.
Gau X, Stuttgart: Alb. Schaub, Stuttgart, Seyfferstr. 44, I.
Gau XI, München: Oskar Dierr, München, Hübnerstraße 13 IV
Gau XII, Nürnberg: Fritz Billmann, Nürnberg, Ottstraße 3, III.

Tarifamt und Zentral-Arbeitsnachweis für Deutschlands Chemigraven und Kupferdrucker:
 Geschäftsführer: I. V.: Max Oragen, Berlin SO 16, Engelufer 15, III, Zimmer 67-68.
 Gehilfen-Vorsitzender: Max Oragen (siehe oben).

Gehilfenvertreter des Tarif-Ausschusses:
Kreis I: Otto Geyer, Mariendorf bei Berlin, Dorfstr. 36.
 „ II: Reinh. Friedel, Leipzig-Anger, Herbartstr. 1, II.
 „ III: Jos. Stettner, München, Ickstattstr. 1-2.
 „ IV: Karl Popp, Stuttgart, Kanonenweg 201.
 „ V: Ernst Rott, Düsseldorf, Birkenstr. 87.

Arbeitsnachweise der Chemigraven:
 Berlin: Verw.: M. Oragen, Berlin SO 16, Engelufer 15, III, Zim 67-68.
 Dresden: „ Robert Satzinger, Dresden-A. 16, Tatzberg 13, II.
 Leipzig: „ Emil Berger, Leipzig, Kurzerstr. 4, IV.
 München: „ Alois Mayer, München, Pilgerheimstr. 9, III.
 Stuttgart: „ A. Wiedemann, Stuttg.-Gabelnberg, Aspergstr. 17.
 Düsseldorf: „ Jak. Bakker, Düsseldorf, Stelnstr. 13 b.

Tarifamt f. d. deutsche Lichtdruckgewerbe:
 Geschäftsführer: Franz Trapp, Berlin O 34, Tilsiterstraße 26, IV.

Gehilfenvertreter des Tarif-Ausschusses:
 Vorsitzender: Carl Hilbig, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstr. 118-119.
Kreis I: Hugo Wurtzel, Hamburg I, Besenbinderhof 57, IV, Zimmer 50
 „ II: Carl Blüte, Charlottenburg bei Berlin, Passauerstr. 11.
 „ III: Carl Jensen, Leipzig-Stötteritz, Zuckelhäuserstr. 7, I.
 „ IV: Emil Rädcl, Dresden-A. 21, Glashütterstr. 56, II.
 „ V: Josef Fahrner, München, Schellingstr. 96.
 „ VI: Emil Pfenninger, Cannstatt b. Stuttgart, Eisenbahnstr. 8

Zentral-Arbeitsnachweis der Lichtdrucker:
 Paul Jantzen, Berlin O 112, Simon-Dachstr. 39 h, II.